



Kassel, 15. Dezember 2023 | Ausgabe Nr. 142

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

der Bundesparteitag der SPD in Berlin am vergangenen Wochenende hat unseren Zusammenhalt gezeigt und Zuversicht vermittelt. Von den globalen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik über den klimaneutralen Umbau unserer Industrie bis hin zu besserer Bildung: Auf dem Parteitag haben die Delegierten zukunftsweisende Beschlüsse gefasst, die uns in den kommenden Jahren leiten werden.

Mit einer Reform der Einkommensteuer wollen wir 95 Prozent der Arbeitnehmenden entlasten. Um dies zu finanzieren, sollen sich Superreiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen – etwa durch eine einmalige Krisenabgabe. Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir die persönlichen Freibeträge erhöhen und gleichzeitig so reformieren, dass Multimillionär*innen und Milliardär*innen mehr beitragen. Auch unser Bekenntnis zum Einwanderungsland verbunden mit der Notwendigkeit, Zuwanderung besser zu steuern und zu ordnen, ist richtig und wichtig.

„Wir machen Politik euretwegen“

„Wir machen Politik euretwegen“ – so hat Bundeskanzler Olaf Scholz unsere sozialdemokratische Regierungspolitik in seiner Rede auf den Punkt gebracht. Er hat dafür zurecht viel Zuspruch erhalten. Denn wir machen Politik für diejenigen, die es nicht

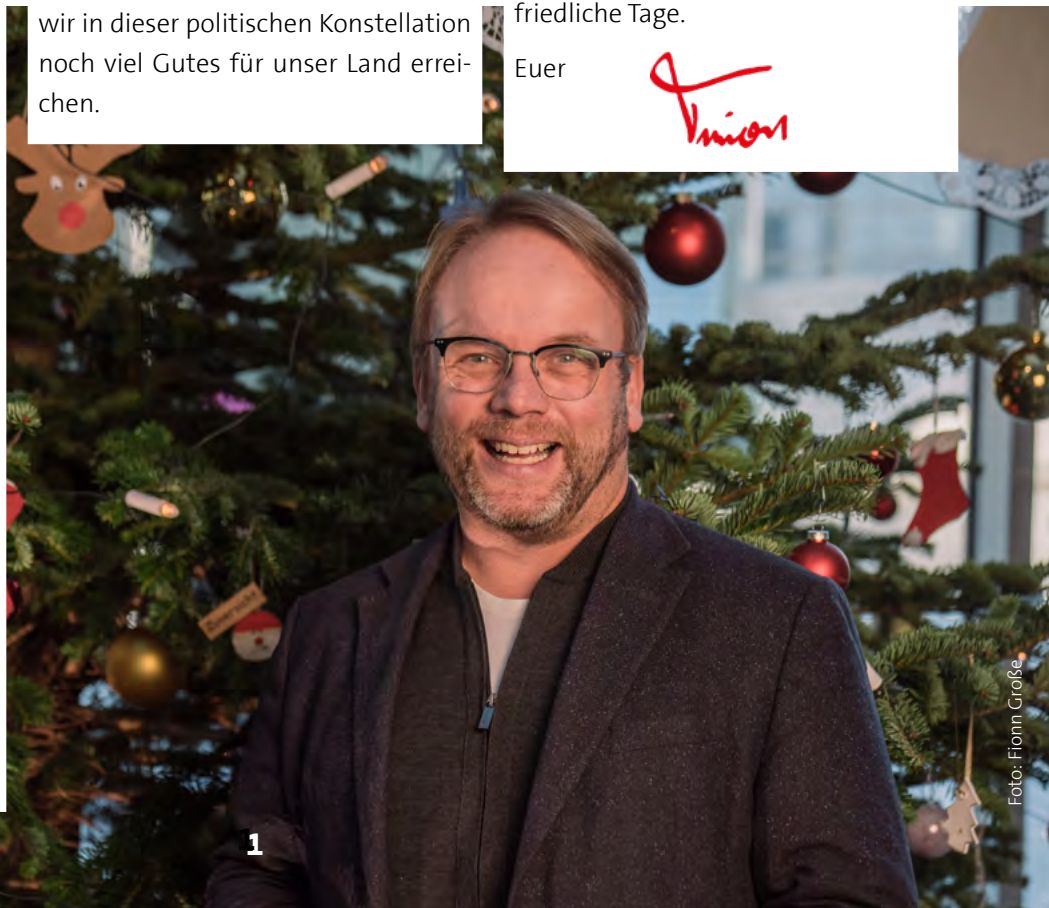
leicht haben im Leben und für diejenigen, die faire Chancen für alle wollen. Kurzum: Wir sichern den sozialen Zusammenhalt. Deshalb haben wir den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht und die Sozialabgaben für Beschäftigte mit geringen Einkommen gesenkt. Wir kämpfen für mehr Tarifbindung und eine stabile Rente. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage hat Olaf Scholz eine klare Ansage gemacht: Mit uns wird es keinen Abbau des Sozialstaats geben! Damit hat er nicht nur den Delegierten aus der Seele gesprochen, sondern auch vielen Menschen im Land. Zugleich hat er den Ton gesetzt für die zweite Halbzeit der Ampel-Koalition. Gemeinsam können wir in dieser politischen Konstellation noch viel Gutes für unser Land erreichen.

Zwei Jahre Ampel

Liebe Genossinnen und Genossen, das Jahr neigt sich dem Ende. Zwei Jahre Ampel liegen nun hinter uns. Auch wenn es in der Koalition immer mal wieder ruckelt – am Ende haben wir geliefert. Und das obwohl diese Koalition unter schwierigen Bedingungen gestartet ist.

Wir befinden uns in einer Zeit multipler Krisen, wir wissen um die Herausforderungen, die vor uns liegen. Wir stellen uns ihnen mit aller Kraft für die Menschen in unserem Land. Für 2024 haben wir uns viel vorgenommen. Doch bevor das neue Jahr beginnt, wünsche ich Allen ruhige und friedliche Tage.

Euer





ERNEUERBARE ENERGIEN

WEG FREI FÜR MEHR PHOTOVOLTAIK

Im Mai 2023 hat die Bundesregierung eine in einem breiten Prozess erarbeitete Photovoltaik-Strategie beschlossen und darin Potenziale von Photovoltaik (PV) in Deutschland identifiziert. Viele der in der Strategie aufgelisteten Maßnahmen zur Ausschöpfung dieser Potenziale sollen mit dem Solarpaket I umgesetzt werden.

Im Oktober hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften in den Bundestag eingebracht. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern, an Gebäuden sowie auf Freiflächen zu erleichtern. Derzeit wird über das umfangreiche Paket im Ausschuss noch beraten. Da einige Maßnahmen des Pakets zeitkritisch sind, weil sie ansonsten teils sehr hohe Strafzahlungen (Pönalen) für Anlagenbetreiber nach sich ziehen würden, müssen diese noch in diesem Jahr beschlossen werden. Deshalb haben wir bereits in dieser Woche ein Teil des Gesetzentwurfs in 2./3. Lesung beraten und beschlossen.

Der Teilbeschluss sieht vor, die Frist zur Einrichtung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung für Windkraftanlagen um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2024 zu verlängern. Ansonsten würden für diejenigen Anlagenbetreiber, die solche Geräte noch nicht installiert haben, Pönalen (Vertragsstrafen) ab dem 1. Januar 2024 an die Verteilnetz- und Übertragungsnetzbetreiber anfallen.

Des Weiteren ist vorgesehen, die Pönalen für Verstöße gegen die verpflichtende Direktvermarktung für Anlagen mit einer installierten Leistung ab 100 Kilowatt (kW) um sechs Monate auszusetzen, die sonst ebenfalls ab dem 1. Januar 2024 anfallen würden.

Zudem werden die Realisierungs- und Pönalfristen für Windenergieanlagen um sechs Monate verlängert, weil diese oft aufgrund von unverschuldeten Lieferkettenverzögerungen nicht eingehalten werden können.

SO GEHT ENERGIEWENDE:

2023 » 5 GIGAWATT MEHR ZUBAU AN SOLARENERGIE ALS IM VORJAHR!

Von 7,5 auf 12,9 Gigawatt

Auf Deutschlands Dächern und Freiflächen gibt es immer mehr Photovoltaik (PV): **Von 7,5 Gigawatt (GW) in 2022 auf 12,9 GW in 2023. Das sind 5 Gigawatt mehr Photovoltaik-Zubau im Vergleich zum Vorjahr.** Das kann sich sehen lassen – und es zeigt: Die Ampel wirkt – die Energiewende geht voran!



NACHTRAGSHAUSHALT 2023 & HAUSHALT 2024

DEN ZUSAMMENHALT BEWAHREN

In dieser Woche berieten wir den Nachtragshaushalt für 2023 abschließend und setzten zugleich die Schuldenbremse für 2023 erneut aus. Beides ist notwendig, um den diesjährigen Bundeshaushalt als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15. November 2023 verfassungskonform zu machen. So sichern wir für das laufende Jahr auch

die Hilfen für Verbraucher*innen und Unternehmen ab, die wir zur Bewältigung der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergriffen haben. Auch die Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal gehören dazu.

Flutschäden) davon betroffen. Deshalb sind Änderungen an den Sondervermögen notwendig, um ihre Finanzierung für 2023 rechtssicher zu machen.

Der Nachtragshaushalt 2023 schafft die Grundlage für die

zusätzlichen Kreditermächtigungen in Höhe von 44,8 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Schuldenbremse zulässt. Um sie erneut auszusetzen, muss der Bundestag zuvor feststellen, dass weiterhin eine außergewöhnliche Notsituation besteht. Diese Notlage liegt aufgrund der humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor und beeinträchtigt die staatliche Finanzlage.

Der Nachtragshaushaltsentwurf sieht für 2023 nun Ausgaben von 461,21 Milliarden Euro vor. Nicht mehr enthalten sind zehn Milliarden Euro für die „Generationenrente“, also das verzinsliche Darlehen für den Aufbau eines Kapital-

stocks zur Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Haushalt 2024

Auch für den Haushalt 2024 bringt das Urteil des BVerfG wesentlichen Anpassungsbedarf mit sich, weshalb dieser erst Anfang 2024 verabschiedet wird.

Unsere Prios beim Haushalt 2024



Wir treiben den **klimaneutralen Umbau des Landes** voran!



Kein Abbau beim Sozialstaat – wir stärken den sozialen Zusammenhalt!



Unsere **Unterstützung für die Ukraine** geht weiter!

Das BVerfG hatte den zweiten Nachtragshaushalt für 2021 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Das betrifft unmittelbar den Klima- und Transformationsfonds (KTF), dem mit dem Nachtragshaushalt 2021 60 Milliarden Euro zugeführt wurden und zwar aus Kreditermächtigungen zur Bewältigung der Corona-Krise, die nicht in Anspruch genommen wurden. In mittelbarer Konsequenz des Urteils sind aber auch andere Fonds (wie der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) und der Aufbauhilfefonds 2021 für die



1 Parteienfinanzierung neu regeln

Parteien sind ein wesentlicher Teil unseres demokratischen Systems und der politischen Willensbildung. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Parteien ihre Arbeit gut leisten können. Das Parteiengesetz regelt, wie sich Parteien finanzieren und wie hoch die staatlichen Mittel sind, die sie als Teilfinanzierung erhalten. Diese richten sich danach, wie die Parteien in der Gesellschaft verwurzelt sind, d.h. wie viele Stimmen sie bei der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl und den Landtagswahlen erzielt haben. Auch der Umfang der Mitgliedsbeiträge und Spenden wird zugrunde gelegt.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, das Parteiengesetz auf den Stand der Zeit zu bringen – und dabei den Parteien auch mehr digitale Beschlussfassungen und Wahlen zu ermöglichen sowie die Transparenz zu verbessern. In dieser Woche berieten wir abschließend den gemeinsamen Antrag von uns Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Parteiengesetzes. Wir schaffen damit mehr Transparenz und stärken so die Integrität des politischen Wettbewerbs.

Künftig muss auch Sponsoring ab einer Bagatellgrenze in einem eigenen Sponsoring-Bericht in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden. Neben Namen und Anschrift der Zuwendenden und der Höhe der Zuwendung müssen dort auch Art und Umstände des Sponsorings dargestellt werden. Auch unmittelbare Werbung anderer für eine Partei (sogenannte „Parallelaktionen“) müssen dann dieser Partei angezeigt werden, die so Einflussmöglichkeit auf die Werbeaktion erhält. Sie werden zukünftig sachgerecht in die Spendenregelungen einbezogen.

Großspenden müssen früher gemeldet werden. Auch der Schwellenwert, ab wann sie der Bundestagspräsidentin angezeigt werden müssen, wird abgesenkt. Da Großspenden als Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden, erhalten Bürger*innen frühzeitig Kenntnis über eine künftig größere Zahl von Großspenden. Dies ist insbesondere im Vorfeld von Wahlen von Bedeutung, um die mögliche Einflussnahme von Dritten transparent zu machen.

2 Elektronische Patientenakte und E-Rezept

In dieser Woche berieten wir den Entwurf des Digital-Gesetzes der Bundesregierung abschließend. Die bereits 2021 eingeführte elektronische Patientenakte (ePA) soll weiterentwickelt werden und ab 2025 allen gesetzlich Versicherten zur Verfügung stehen. In der ePA sind Befunde und Informationen aus Untersuchungen und Behandlungen digital gespeichert. Die Versicherten entscheiden weiterhin selbst über ihre gesundheitsbezogenen Daten.

Die ePA wird von den Krankenkassen als App und als Desktopvariante bereitgestellt. Patient*innen können ihre ePA mit Dokumenten, Arztbriefen, Befunden etc. auch selbst befüllen. Die ePA enthält auch eine digitale Medikationsübersicht. In enger Verknüpfung mit dem E-Rezept können so Wechselwirkungen von Arzneimitteln vermieden werden.

Alle Daten werden verschlüsselt abgelegt. Nur Versicherte können sie einsehen sowie Ärzt*innen, wenn die Versicherten sie hierfür freischalten. Wer die ePA nicht nutzen möchte, kann dem widersprechen („Opt-out“). Auch für privat Versicherte gibt es eine widerspruchsbasierte ePA, sofern die jeweilige private Krankenversicherung diese anbietet.

Mit dem Digital-Gesetz wird zudem das E-Rezept weiterentwickelt. Ab 1. Januar 2024 wird es flächendeckend etabliert und seine Nutzung per Gesundheitskarte und ePA-App deutlich einfacher.

Darüber hinaus können digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) auch für komplexere Behandlungen genutzt werden. Damit die Telemedizin noch stärkerer Bestandteil der Gesundheitsversorgung wird, heben wir die bisher geltende Begrenzung der Videosprechstunden auf. Mit der assistierten Telemedizin in Apotheken wird außerdem ein niedrighschwelliger Zugang zur Versorgung geschaffen.

UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Adventssonntag in Ahnatal

Am 2. Advent wurde es in Ahnatal beim Adventskaffee des Ortsvereins gemütlich. Vielen Dank für den guten Austausch an diesem Dezembersonntag.



Ein Weihnachtsbaum für eine gute Sache

Im Berliner Paul-Löbe-Haus, in dem auch mein Büro ist, steht erneut der Weihnachtsbaum der Lebenshilfe und macht auf die Ziele der Lebenshilfe aufmerksam: Gleichberechtigung und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Bundesparteitag in Berlin

Vergangenenes Wochenende trafen sich die Delegierten aus ganz Deutschland in Berlin zum Bundesparteitag. In meiner Rede am Samstag betonte nochmals, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.



Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
☎ 0561 – 700 10 52



buero@timon-gremmels.de
www.timon-gremmels.de
TimonGremmels



@gremmels
BlueSky @timon.gremmels.bsky.social



ICH WÜNSCHE EUCH

FROHE

WEIHNACHTEN

UND EINEN GUTEN

RUTSCH INS NEUE JAHR!